

Von Wärmeschutz bis Klimawandel

Die Fachverbände der Denkmalpflege und die Politik der „Bauwende“ seit den 1970er Jahren

JOHANNES WARDA

SUMMARY

Since the 1970s, the field of heritage conservation has been a critical observer of the ever-stricter standards by which thermal insulation and other energy-saving materials and technologies in the building sector are regulated. The German National Committee for Heritage Protection (*Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz*, DNK), for example, was one of the first institutions to address the negative effects that new insulation materials can have on the fabric of historic buildings. If in 1973 the discourse on thermal insulation was dominated by economic concerns in the wake of the oil crisis, in the current climate crisis our perception of the problem has shifted to the reduction of harmful emissions generated by the burning of fossil fuels. The further tightening of regulations has been constructively criticized by heritage conservationists, who characterize existing building stock as a resource and emphasize sustainable strategies such as regular maintenance and repair. Does this put our field in the avant-garde of the movement to stop climate change? The professional discourse within conservation continues to demand that building construction be regarded as an activity with direct impact on the environment and that it be taken into account when considering the overall ecological balance. But how do the protagonists and professional associations of conservation position themselves within the relevant political and societal frameworks? What kinds of proposals for change are being made? Which institutions and organizations are cooperating to form lobbies within the political process? Starting from a critical reading of theoretical and interventionist texts, I suggest that an informed, conservation-conscious public policy aimed at bringing about a shift in building practice has been emerging steadily since the 1970s and continues to develop with the initiative for a “New European Bauhaus” of 2020, where it has introduced issues of sustainability and climate change prevention into the debate over a necessary transformation of the building sector. The essay also looks beyond the German-speaking context to new, transnational alliances for climate change prevention between heritage conservation, architectural design and urban planning.

Denkmalpflege als ordnungspolitische Utopie

Der folgende Abschnitt legt dar, inwieweit Akteure der Denkmalpflege in Ämtern, Hochschulen und Verbänden auch (Bau-)Politik machten und machen – Politik in dem Sinne, dass denkmalpflegerisch informiertes Handeln zur Grundlage des Bauwesens insgesamt erklärt wird und entsprechende Modelle zur strukturellen Verankerung dieser fachlichen Dominanz unterbreitet werden. Im Anschluss an jüngere Beiträge zur Theorie und Geschichte der Denkmalpflege, die auch nach den sich aus dem Umgang mit dem Erbe ergebenden Zukunftsvorstellungen fragen, verstehe ich diese ordnungspolitischen Vorstellungen als einen Ausdruck der utopischen Züge des Denkmalschutzgedankens.¹ Wobei eine Machbarkeit der Utopie nicht ausgeschlossen ist, wie im Folgenden gezeigt wird.

Zu beobachten ist der Impuls zur Formulierung einer neuen Praxis etwa in der Zeit nach 1945, als es darum ging, Rolle und Leistung der Denkmalpflege im Wiederaufbau zu definieren. Die Vorstellungen der Denkmalpflege gingen vielerorts über die Inventarisierung von Kulturgutverlusten und Planungen für die unmittelbar anstehenden Herausforderungen hinaus. Exemplarisch hierfür steht die Vision von Werner Bornheim, Landeskonservator von Rheinland-Pfalz, dem eine denkmalpflegerisch informierte, handwerklich geprägte Reorganisation des Bauwesens insgesamt vorschwebte. Die Einrichtung von „Baufachschulen“ und die Fokussierung auf die Verwendung lokaler Materialien bildeten die Kernelemente dieser Umstrukturierung.² Während die strukturpolitischen Überlegungen zumeist dem Handlungsdruck der unmittelbaren Nachkriegszeit geschuldet waren, gründeten sie in Einzelfällen wie dem von Rudolf Esterer, zwischen 1945 und 1952 Direktor der Bayerischen Schlösserverwaltung, in der völkisch-sozialrassistisch geprägten Vorstellung einer (berufs-)ständisch organisierten Gesellschaft.³

In den 1970er Jahren erfuhr der Denkmalschutzgedanke nicht nur durch die flächendeckende Denkmalschutzgesetzgebung oder das Europäi-

sche Denkmalschutzjahr 1975 eine neue Dynamik. Auch die gesellschaftlichen Aufbrüche erfassten die nun als „Sozialpolitik“ apostrophierte Denkmalpflege. Dieses Schlagwort führte zumindest 1975 eine studentisch organisierte Tagung an der Gesamthochschule Kassel programmatisch im Titel, die sich intensiv mit den frühen experimentellen Alternativen zur Berliner Flächensanierung befasste. In Auswertung der Projekte insbesondere von Hardt-Waltherr Hämer hoben die Tagungsbeiträge den Schutz der Sozialstrukturen im Quartier hervor und definierten Denkmalpflege schließlich als „eine Strategie im Umgang mit dem bestehenden Baubestand“.⁴ Denkmalschutz und Denkmalpflege werden hier, über die innerfachliche Erweiterung um neue Denkmalgattungen wie beispielsweise die Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet als komplexe sozialgeschichtliche Zeugnisse hinaus, gewissermaßen zu *der* Strategie für den Baubestand.⁵ Das weitreichendste Modell mit erweiterten Zuständigkeiten der Denkmalpflege formulierten Goerd Peschken und Tilmann Johannes Heinisch vor dem Hintergrund der Substanzverluste durch Flächensanierung in Berlin. Grundlage für ihren Vorschlag einer an denkmalpflegerischer Methodik orientierten „Baupflege“ war das im § 39 h des alten Bundesbaugesetzes formulierte generelle Erhaltungsgebot für den Baubestand.⁶

In der Zeit der Neuen Sozialen Bewegungen und ihrer mit einem affirmativen Aktivismus angereicherten Ethik, so ließe sich zusammenfassen, blieb es nicht bei Sozialpolitik im engeren Sinne. Auch im Kontext von zivilgesellschaftlich getragenen Denkmalschutzinitiativen und der kritischen bis ablehnenden Begleitung der flächendeckenden Stadtsanierung argumentierten Protagonist*innen der Denkmalpflege stets auch mit dem Kerngeschäft: Schutz, Erhaltung und Pflege von Kulturgut als letztlich an das Objekt gebundene Praxis, die es, wenn man so will, als Kulturtechnik auf das gesamte Bauwesen zu übertragen gelte. Wie kommen die so verstandene Kulturtechnik und ein aktives Eintreten für den Umwelt- und Klimaschutz zusammen?

Klimapolitische Konjunkturen: Denkmalpflege zwischen Wärmeschutz und Klimawandel

In zeitlicher Nähe zu den aktivistischen Aufbrüchen und zur sozialgeschichtlichen Sensibilisierung der Denkmalpflege legte die Bundesregierung 1978 ein vier Milliarden DM schweres Förderprogramm

für den baulichen Wärmeschutz auf. Um der Knappheit fossiler Energieträger zu begegnen und Kosten zu sparen, sollte der Gebäudebestand in großem Stil energetisch ertüchtigt werden. Die Sicherung und Erhaltung historischer Bausubstanz war damit vor eine weitere Herausforderung gestellt und geriet in handfeste Konkurrenz zu ressourcenökonomischen und volkswirtschaftlichen Erwägungen. Dahingehend alarmiert forderte das DNK in einer Entschließung, „sowohl die denkmalpflegerischen und gestalterischen Belange als auch die bauphysikalischen Gegebenheiten zu berücksichtigen“ und „historische [...] Gebäude“ von entsprechenden Regelungen und Förderbestimmungen auszunehmen. Als besonders problematisch hob das DNK „das Verkleiden von Fassaden mit wärmedämmenden Platten und Spezialputz“ hervor sowie den Ersatz alter Fenster und die Installation von Solaranlagen.⁷ Vielmehr lehnte das DNK die Energieeinsparmaßnahmen ab aus Sorge, der bereits geschützte und zukünftig schützenswerte Bestand könne durch die Wärmeschutzmaßnahmen in seiner Substanz beschädigt werden. „Gefahren für die Dachlandschaft“ und das „Ortsbild“ befürchtete das DNK ebenfalls.⁸ Der zeitgenössische gesellschaftliche Diskurs der Umweltverschmutzung in den 1970er und vor allem 80er Jahren findet sich ebenfalls in der Arbeit des DNK gespiegelt: So wird die Gefährdung des Denkmalbestands durch anthropogene Umwelteinflüsse wie Luftverschmutzung und „saurer Regen“ thematisiert – übrigens eine Parallele zur Auseinandersetzung der Fachverbände mit dem Klimawandel in den 2010er und 20er Jahren, wie weiter unten gezeigt wird.⁹

War in den 1970er und 80er Jahren freilich noch nicht von Klimaschutz und Ozonloch die Rede, hinterließ in den 1990er Jahren die Nachhaltigkeitsdebatte ihre Spuren im denkmalpflegerischen Theoriediskurs.¹⁰ Wurde das Prinzip Nachhaltigkeit zunächst in seinem ganzen Bedeutungsspektrum rezipiert, kristallisierte sich zunehmend der Anspruch heraus, auch von Seiten der Denkmalpflege einen substantiellen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Unter dem Schlagwort „Energieeinsparung bei Baudenkmalern“¹¹ befassen sich seit den späten 1990er Jahren zahllose Publikationen mit den Möglichkeiten und Grenzen der energetischen Ertüchtigung von Baudenkmalen. Noch einmal gepusht durch die EnEV seit 2001, bestimmt das Thema „Denkmalpflege und Energieeffizienz“¹² seitdem den Diskurs. Bereits 1997 sprach Norbert Huse von

der Denkmalpflege als „historisch fundierte[r] Reparaturlehre“ und wies ihr Kraft ihrer Expertise eine Vorreiterrolle für „ressourcenschonende[s] Bauen“ zu.¹³ Rückblickend konstatiert Huse damit – unabhängig von aktuellen Herausforderungen – eine denkmalpflegerische Traditionslinie in Richtung einer nachhaltigen Baukultur.

Die Politik der „Bauwende“

Die Herausforderungen von Klimaschutz und Klimawandel wurden zu unterschiedlichen Zeiten im ausgehenden 20. Jahrhundert verschiedentlich fachlich und in der breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Sie stehen nicht erst seit der neuen Umwelt- und Klimaschutzbewegung des 21. Jahrhunderts mit ihren sichtbarsten, transnationalen Akteuren wie *Fridays for Future* und *Extinction Rebellion* auf der gesamtgesellschaftlichen Agenda. Eine neue Qualität hat die Debatte jedoch mit den Bemühungen erreicht, den Bausektor klimafreundlicher zu gestalten. Unter dem Leitbegriff „Bauwende“ werden Klimaschutzziele nun mit einer Verbindlichkeit gefordert, die einer Transformation des Bauwesens insgesamt gleichkommt – vergleichbar mit der Epochenchwelle zur Moderne, die Konrad Wachsmann als „Wendepunkt“ charakterisierte: „Grundsätzlich andere Prinzipien als jene, die bisher bestimmend waren, erfordern eine völlige Revision aller komplexen Probleme, die nicht nur das Einzelne, sondern das gesamte Gebiet des Bauens umfassen. Dazu gehören technische ebenso wie soziologische und wirtschaftliche Probleme. [...] Der Mensch in Beziehung zu seiner Umwelt ist in demselben Maße wie diese, Umformungsprozessen ausgesetzt. Durch ihn kann also nicht notwendigerweise das Gesetz des Maßes permanent bestimmt werden. Der Mensch wird sich immer seiner Umwelt ebenso anpassen, wie diese sich andauernd umformt, um ihm nützlich zu sein.“¹⁴ Für Wachsmann sind an dieser Stelle nicht die Umwälzungen der Moderne selbst, in puncto Material, Konstruktionsweisen und Raumkonzepte, entscheidend, sondern er arbeitet ein Prinzip heraus, gleichsam eine Gesetzmäßigkeit des Bauens. Demnach passt sich das Bauen grundsätzlich den Anforderungen der Zeit an mit je spezifischen baulichen Lösungen für soziale und ökologische Fragen. Bestimmend dabei ist das technisch Mögliche.

Eine weitergehende Begriffsgeschichte der Bauwende im 20. und 21. Jahrhundert kann im Rahmen dieses Beitrags nicht geleistet werden. Für die Betrachtung der „Politik der Bauwende“ lassen sich je-

doch einige wesentliche Akteure identifizieren und die Einspeisung alternativer Ansätze in den politischen Prozess damit bedingt nachvollziehen. 2017 gründeten langjährig im baubiologischen Bereich tätige Fachleute das Aktionsbündnis *BAUWENDE*. Der Verein verfolgt das Ziel, „die politischen Rahmenbedingungen für das Bauen so zu verändern, dass klimaschützendes und ressourcenschonendes Bauen zum Normalfall werden.“¹⁵ Das Aktionsbündnis belässt es nicht beim Appell, sondern hält fest: „Lebenszyklusbetrachtungen sind der Schlüssel, um graue Energie und graue Emissionen über die öffentliche Steuerung des Bauens zu vermindern.“¹⁶ Besondere Aufmerksamkeit erhielten die ressourcenökonomischen Aspekte des Bauwesens Ende 2020 durch einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Darin wird der Erfolg der „Rohstoff- und Klimapolitik“ unmittelbar an eine „Bauwende“ und die Einführung eines „an den Prinzipien einer Kreislaufwirtschaft orientierte[n] Ansatz[es] beim Planen, Bauen und Nutzen von Wohn- und Gewerberaum“ geknüpft.¹⁷ Die Fraktion fordert die Bundesregierung zu einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen auf, die dazu geeignet seien, „eine Bau- und Ressourcenwende hin zu einer ressourcenleichten, natur- und gesundheitsverträglichen sowie effizienten Bau- und Immobilienwirtschaft einzuleiten.“¹⁸ Zusammengefasst lautet die Kernforderung, allen Ressourcenaufwendungen innerhalb von Bauprozessen einen adäquaten Wert zu geben – also die schon vielfach genannte „goldene Energie“¹⁹ in Gesamtenergiebilanzen zur maßgeblichen Kennzahl zu machen. Im Bundestag fand der Antrag keine Mehrheit, wie übrigens zwei weitere Anträge mit ähnlicher Thematik. So betrachtete beispielsweise ein Antrag der FDP-Fraktion den Ressourcenverbrauch im Bauwesen im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage. Als Lösung wird vor allem die „Technologieoffenheit“ im Bauen gefordert, die Entwicklung einer CO₂-Bilanzierungsmethode über den gesamten Lebenszyklus, ein drohnenbasiertes Potenzialflächenkataster sowie eine „Dach-Offensive“ mit mehr Aufstockung und Ausbau.²⁰

Nahezu zeitgleich erreichte das Thema mit der Petition „Bauwende jetzt“ auch als bürgerschaftliches Anliegen den Bundestag. Initiiert von *Architects for Future*, gehören zu den Kernforderungen für eine Bauwende u. a. die Sicherstellung der Kreislauffähigkeit von Baustoffen, die vollumfängliche Berücksichtigung der grauen Energie sowie

die Vermeidung von Abrissen und Flächenversiegelung.²¹

Während für die Beratung der Anträge zur Bauwende im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen Sachverständige aus den Bereichen Klimaforschung und ressourcenbewusstes Bauen angehört wurden, darunter Annette Hillebrandt, Eike Roswag-Klinge und Hans Joachim Schellnhuber, fehlten, ungeachtet der langjährigen fachlichen Befassung mit den Umweltauswirkungen des Bauens, Vertreter*innen der Denkmalpflege. In der Folge gewann das Ringen um eine Neuausrichtung des Bauwesens insgesamt weiter an Dynamik. Es formierte sich eine Lobby, die neben Fachverbänden aus den Bereichen Architektur, Nachhaltigkeit und Umweltschutz schließlich auch die Spitzenverbände der Denkmalpflege versammelte. Das gemeinsame Anliegen bringt die Botschaft „Bestandserhaltung ist Klimaschutz“, wie es in einem baupolitischen Papier der Interessengemeinschaft Bauernhaus vom Juni 2020 heißt, auf den Punkt.²²

Neue Allianzen und Global Change: Die Denkmalpflege und ihr Beitrag zu einer Bauwende

Beflügelt wurde die Entstehung dieser neuen Allianzen durch den Zusammenfall europäischer und nationaler Initiativen beziehungsweise Gesetzgebungsverfahren. Als ein Auslöser lässt sich die Initiative *Neues Europäisches Bauhaus* der EU-Kommission vom Herbst 2020 ausmachen. In diesem schillernden Kostüm einer historischen Referenz stecken, wenn man so will, die handfesteren Maßnahmen einer europäisch gedachten Bauwende, die hier „Renovierungswelle“ heißt und für eine umfassende energetische Bestandssanierung im Rahmen des *European Green Deal* steht.²³ Zahlreiche Fach- und Interessenverbände aus den Bereichen Denkmalpflege und Baukultur reagierten denn auch zurückhaltend auf die Signale aus Brüssel und formulierten ihre Sorge um einen zusätzlichen Handlungsdruck zur energetischen Optimierung von Baudenkmalen. Allen voran monierte die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in einer Stellungnahme die fehlende Berücksichtigung des kulturellen Erbes und kritisierte, die Fokussierung auf die betriebliche Energieeffizienz und die Gebäudehülle als methodisch fragwürdig.²⁴ Zahlreiche Verbände schlossen sich an.²⁵

Erstmals sichtbar wird die neue Lobby für eine Bauwende in der Debatte um den Gebäudeeffizienzerlass der Bundesregierung. In zwei offenen

Briefen fordert eine neue Allianz aus Baufach- und Umweltverbänden, die zuletzt *Architects for Future*, den BDA, die DGNB, die Deutsche Umwelthilfe, das Energieberater-Netzwerk DEN, naturplus.org und den NABU umfasste, die Bundesregierung auf, vorbildlich und verantwortungsbewusst zu handeln. Die Unterzeichneten befürchten einen „Abriss-Erlass“: Neue Effizienzvorgaben dürften Gebäudeabbrisse in großem Stil und damit hohe baukulturelle Verluste nicht befördern – stattdessen müssten endlich vorhandenes Wissen und Strategien für eine integrierte Bestands- und Baustoffbewertung zum Tragen kommen.²⁶

Auf europäischer Ebene gab die VdL im Rahmen der öffentlichen Konsultationen zur Ausgestaltung der europäischen „Renovierungswelle“ ihre Bedenken bei der EU-Kommission offiziell zu Protokoll. Für die anstehende Überarbeitung etwa der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden forderte sie, nicht hinter bestehende Formulierungen zur Berücksichtigung des kulturellen Erbes zurückzufallen und diese europaweit verbindlich festzuschreiben.²⁷

Mit dem Formulierungsvorschlag „Denkmalschutz ist aktiver Klimaschutz“ für den Koalitionsvertrag der aus der Bundestagswahl 2021 hervorgegangenen Ampelkoalition erfolgte schließlich der Schulterschluss zwischen Baufach- und den Spitzenverbänden der Denkmalpflege, AKTLD, Deutsche Stiftung Denkmalschutz, DNK, ICOMOS und WTA. Darin wird der bestandssensible „Umgang mit Baudenkmalern als Vorbilder“ für die zukünftigen Herausforderungen im Bauwesen dargestellt.²⁸ Den Textbaustein ergänzt ein „Onepager“, der unter Schlagworten wie „Denkmäler als Avantgarde einer Reparaturgesellschaft“ den jahrzehntelangen Nachhaltigkeits- und Ressourcendiskurs der Denkmalpflege gleichsam komprimiert.²⁹

Die neuen Allianzen sind, bezogen auf Deutschland, ein vergleichsweise junges Phänomen. Über klassische Belange des Denkmalschutzes hinaus positionieren sich die Fachverbände der Denkmalpflege zur Politik der Bauwende. Sie treten als Lobby für ein ressourcenbewusstes und bestands-sensibles Bauen im politischen Prozess nach außen hin sichtbar auf. Innerfachlich und auf Ebene der internationalen Verbände werden Aspekte der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes, etwa entlang der *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen, seit längerem diskutiert. 2015 hat sich diesen Zielen auch ICOMOS verpflichtet.³⁰ Auf wel-

che Weise hier Vermittlung, Schutz und Erhalt von Kulturgut zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beitragen sollen, muss an anderer Stelle ausführlicher erörtert werden. Festzuhalten bleibt der hohe Grad an institutionalisierter Beschäftigung mit den Zusammenhängen von Kulturerbeschutz und Klimaschutz in der Phase wiederauflebender transnationaler Klimaschutzpolitik. So gründete sich 2019 etwa das *Climate Heritage Network* (CHN), um den Kultursektor für die Erreichung der Pariser Klimaziele zu mobilisieren.³¹

ICOMOS wiederum rief im Dezember 2020 den Klimanotstand aus und verstärkte seine Aktivitäten, die Expertise aus dem Kulturgutschutz in den politischen Prozess einzuspeisen. Zusammen mit *Europa Nostra* und der Europäischen Investitionsbank veröffentlichte ICOMOS im Frühjahr 2021 das *European Cultural Heritage Green Paper*, das den „European Green Deal“ nach *Heritage*-Gesichtspunkten ausbuchstabiert.³² *Heritage*, in all seinen Dimensionen von „Baukultur“ bis zur nachhaltigen Landwirtschaft, wird hier zum Zentrum der grünen Transformation Europas (Abb. 1).

Zuletzt bereitete das deutsche Komitee von ICOMOS seine Teilnahme am *International Co-Sponsored Meeting on Culture, Heritage and Climate Change*, ICSM CHC vor. Unter diesem Label haben sich transnational Verbände und Organisationen zusammengefunden, um auf die Zusammenhänge von Kulturerbe und Klimawandel aufmerksam zu machen.³³ Vertreten sind die Unesco, ICOMOS, der Weltklimarat IPCC, die Weltnaturschutzorganisation IUCUN, das Netzwerk ICLEI, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, das Schweizerische Bundesamt für Kultur sowie die nationale chinesische Kulturerbeverwaltung NCHA. Ein wesentlicher Effekt des Klimawandels besteht laut ICSM CHC in der Bedrohung des kulturellen Erbes durch eine Zunahme von Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen; Kultur und dabei insbesondere Baukultur sowie traditionelle Handwerks- und Landwirtschaftspraktiken werden aber auch als wichtige Wissensbestände für die Klimaanpassung oder die Abschwächung von deren Folgen betrachtet.³⁴

Fazit

Die Karten liegen also auf dem Tisch: Wie sich die Spitzenverbände von Natur- und Kulturgutschutz die Zukunft eines ressourcenbewussten, auf der Kreislaufwirtschaft basierenden Bauwesens vorstellen, haben sie im Sinne einer Selbstverpflichtung formuliert und auf verschiedenen Ebenen, europäisch und national, in den politischen Prozess eingespeist. Inwieweit eine *Heritage*-Logik zum Zugpferd für die soziale und ökologische Transformation werden oder ihr entscheidende neue Impulse geben kann, muss sich erst noch zeigen. Mit der Ausgestaltung entscheidender Richtlinien auf nationaler Ebene sind ebenso Unwägbarkeiten verbunden wie mit einer allzu einfach gedachten Operationalisierung denkmalpflegerischer oder den Kulturerbeschutz betreffender Prinzipien. Die Komplexität von denkmalpflegerischen Aushandlungsprozessen am Objekt, die Konkurrenz von Substanz und Bild und die sich gerade erst entwickelnden Umgangsweisen mit Materialien und Konstruktionen von Denkmalen, die als nicht nachhaltig gelten müssen, geben für die im Kern vor allem mit einem Perspektiv- und Pfadwechsel verbundene Bauwende zumindest eine klare Richtung vor.



Figure 2: Putting Europe's shared heritage at the heart of the European Green Deal

Abb. 1: Ordnungspolitische Utopie: *Heritage* als Ausgangspunkt der grünen Transformation Europas (2021).

Bildnachweise

- 1 Potts, Andrew: European Cultural Heritage Green Paper, Brüssel/Den Hag 2021, abgerufen unter https://www.dnk.de/wp-content/uploads/2021/03/DNK_CDR_EU-Richtlinien-Energieeffizienzrichtlinie-2030-2050-European-Green-Deal-Renovation-Wave-EU-Council-Conclusion-EN-Green-Paper-Stand-22_03_2021.pdf, S. 7 (09.12.2021), CC BY-NC-ND 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode>.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Stainforth, Elizabeth und Graham, Helen: Utopian Currents in Heritage, in: *Future Anterior. Journal of Historic Preservation, History, Theory, and Criticism*, 14. Jg., H. 2, 2017, S. iii–vi.
- 2 Bornheim gen. Schilling: *Ruinen, Denkmäler und Gegenwart*, Trier 1948, S. 63 f.
- 3 Vgl. Warda, Johannes: *Aufbruch zu den Wurzeln: Wiederaufbaumodelle der Denkmalpflege zwischen baukultureller Vision und Modernekritik*, in: *Architektur und Akteure. Praxis und Öffentlichkeit in der Nachkriegsgesellschaft*, hg. v. Regine Heß, Bielefeld 2018, S. 131–144, hier S. 137 f.
- 4 *Denkmalpflege ist Sozialpolitik*. Studentische Tagung an der Gesamthochschule Kassel vom 3. bis 8. November 1975, hg. v. Lucius Burckhardt u. a., Kassel 1977, S. 23; zum Ideentransfer zwischen frühen Formen der „behutsamen Stadterneuerung“ und der Denkmalpflege vgl. Warda, Johannes: *Veto des Materials. Denkmaldiskurs, Wiederaneignung von Architektur und modernes Umweltbewusstsein*, Bosau 2016, S. 196 f.
- 5 Vgl. Günter, Janne und Roland: *Architekturelemente und Verhaltensweisen der Bewohner. Denkmalschutz als Sozialschutz*, in: *Denkmalräume, Lebensräume* (Hessische Blätter für Volkskunde, N.F., Bd. 2/3), hg. v. Ina-Maria Greverus, Gießen 1976, S. 7–56.
- 6 *Gutachten zum Umfang der Denkmalpflege im Land Berlin*. Erstellt 1979/80 im Auftrag des Senators für Bau- und Wohnungswesen, Landeskonservator, von Goerd Peschken und Tilmann Johannes Heinisch, in: *Les Choses*. Berliner Hefte zur Architektur, 6. Jg., H. 5/6, 1990, S. 8–100, hier S. 86 f.
- 7 *Entschließung zur Auswirkung des Energieeinsparungsprogramms auf den Denkmalschutz* [1978], in: *Denkmalschutz. Texte zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege*, hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, 4. Erg. U. bearb. Aufl., Bonn 2007, S. 120.
- 8 Ebd.
- 9 Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz: *Entschließung zur Rettung von Denkmälern vor schädlichen Umwelteinflüssen* [1983], in: *Denkmalschutz, 2007* (wie Anm. 7), S. 135. Bereits 1931 benennt die Charta von Athen Umwelteinflüsse als Gefahren für den Denkmalbestand, vgl. *Charta von Athen zur Restaurierung von historischen Denkmälern* (1931), in: *Internationale Grundsätze und Richtlinien der Denkmalpflege*, hg. v. ICOMOS Deutschland u. a., Stuttgart 2012, S. 25–32, hier S. 27 (Monumenta I).
- 10 Vgl. *Nachhaltigkeit und Denkmalpflege. Beiträge zu einer Kultur der Umsicht*, hg. v. Marion Wohlleben und Hans-Rudolf Meier, Zürich 2003.
- 11 So der Titel einer DNK-Tagung 2002, vgl. *Energieeinsparung bei Baudenkmalern*, hg. v. Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, Bonn 2002.
- 12 Mainzer, Udo: *Denkmalpflege und Energieeffizienz*, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Jg. 27, H. 2, 2010, S. 60–63.
- 13 Huse, Norbert: *Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?*, München 1997, S. 104.
- 14 Wachsmann, Konrad: *Wendepunkt im Bauen* [1959], Dresden 1989, S. 9.
- 15 *Info-Flyer BAUWENDE. Denkfabrik und Impulsgeber für Klimaschutz und Ressourcenschonung am Bau*, <http://www.bauwende.de> (20.09.2021).
- 16 *BAUWENDE e.V.: Die graue Energie. Der entscheidende Hebel für Klimaschutz beim Bauen* [Oktober 2020], <http://www.bauwende.de> (20.09.2021).
- 17 *Bauwende einleiten – Für eine ressourcenschonende Bau- und Immobilienwirtschaft*. Antrag der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Dr. Bettina Hoffmann, Harald Ebner und weiterer Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 7. Oktober 2020, Bundestags-Drucksache 19/23152.
- 18 Ebd., S. 2.
- 19 Über die „graue Energie“ als Primärenergieeinsatz, der im Bestand gebunden ist, hinaus wird der Begriff „goldene Energie“ für eine Gesamtbilanz verwendet, die auch baukulturelle Werte einbezieht – wie etwa das kreative Umbaupotenzial des Bestandes oder dessen identitätsstiftende Qualitäten. Vgl. dazu Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.): *Mit Freude sanieren. Ein Handbuch zur Umbaukultur*, Potsdam 2021, S. 33.
- 20 *Nachhaltig bauen – Technologieoffenheit stärken – Bezahlbar wohnen*. Antrag der Abgeordneten Daniel Föst, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter der Fraktion der FDP, 26. Januar 2021, Bundestags-Drucksache 19/26178, S. 4.
- 21 Vgl. *Umfassendes Maßnahmenpaket für ein klima- und sozialverträgliches Bauen*. Petition 118228 v. 23.11.2020, Deutscher Bundestag, https://petitionen.bundestag.de/petitionen/_2020/_11/_23/Petition_118228.html (20.09.2021).
- 22 Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V.: *Bestandserhaltung ist Klimaschutz*, Juni 2020, <https://igbauernhaus.de/fileadmin/pdf/baupolitik/Bestandserhaltung%20ist%20Klimaschutz.pdf> (06.12.2021).
- 23 Vgl. den Beitrag von Franziska Haas in diesem Band; Europäische Kommission: *The European Green Deal*, COM2019 (640) final v. 11.12.2019, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF (20.09.2021).
- 24 *Renovierungswelle für Europa – Stellungnahme, Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland v. 14.01.2021*, https://www.vdl-denkmalpflege.de/fileadmin/dateien/Veranstaltungen/Stellungnahme_VDL_Renovation_Wave_12.1.2021_Stellungnahme.pdf, S. 2 (20.09.2021).

- 25 Darunter der Schwäbische Heimatbund, <https://schwaebischer-heimatbund.de/renovierungswelle-vs-kulturerbe/> (06.12.2021); das Denkmalnetz Bayern, https://www.denkmalnetzbayern.de/index.php/menueeintrag/index/id/17/seite_id/2826 (06.12.2021) und die Interessengemeinschaft Bauernhaus e.V., https://igbauernhaus.de/fileadmin/pdf/baupolitik/Renovierungswelle_Stellungnahme_Interessengemeinschaft_Bauernhaus.pdf, Februar 2021 (10.12.2021).
- 26 BDA u. a.: Offener Brief an den Kabinettsausschuss Klimaschutz im Vorgriff auf den geplanten Gebäudeeffizienzerlass v. 19.03.2021, <https://www.bda-bund.de/2021/03/offener-brief-zum-gebäudeeffizienzerlass/> (20.09.2021); vgl. dies.: Offener Brief an die fachlich beteiligten Ministerien des Bundeskabinetts zu den gravierenden fachlichen Mängeln des geplanten Gebäudeeffizienzerlasses v. 17.05.2021, https://www.bda-bund.de/wp-content/uploads/2021/05/20210517_Offener-Brief-Gebäudeeffizienzerlass.pdf (20.09.2021).
- 27 Stellungnahme der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger (VdL) zur Änderung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden v. 21.06.2021, https://www.vdl-denkmalpflege.de/fileadmin/dateien/Veranstaltungen/VDL_Stellungnahme_EU-Consultation_GesamtenergieeffizienzRL_21.6.2021.pdf, S. 2f. (09.12.2021).
- 28 VdL u. a.: Vorschlag für eine Berücksichtigung des Themas „Denkmalschutz ist aktiver Klimaschutz“ im Koalitionsvertrag der zukünftigen Bundesregierung, o.D. [27.10.2021], https://www.vdl-denkmalpflege.de/fileadmin/dateien/Veranstaltungen/Vorschlag_Koalitionsvertrag.pdf (06.12.2021).
- 29 Denkmalschutz ist Klimaschutz – VDL-Initiative für den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, 27.10.2021, https://www.vdl-denkmalpflege.de/1/aktuelles/artikel?tx_news_pi1%5Bnews%5D=170, (09.12.2021). Der Koalitionsvertrag selbst führt zwar „Lebenszykluskosten“ und „Kreislaufwirtschaft“ auf, jedoch ohne Verweis auf die Erfahrungen mit dem Denkmalbestand: Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, o.D. [27.11.2021], https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, S. 90 (06.12.2021).
- 30 Vgl. <https://www.icomos.org/en/focus/un-sustainable-development-goals/76821-cultural-heritage-and-sustainable-development-2> (20.09.2021).
- 31 Vgl. https://climateheritage.org/mobilization_2018/; Climate Heritage Network Memorandum of Understanding (MOU), <https://climateheritage.org/wp-content/uploads/Climate-Heritage-Network-MOU-Final.pdf> (20.09.2021).
- 32 Potts, Andrew: European Cultural Heritage Green Paper, Brüssel/Den Hag 2021, abgerufen unter https://www.dnk.de/wp-content/uploads/2021/03/DNK_CDR_EU-Richtlinien-Energieeffizienzrichtlinie-2030-2050-European-Green-Deal-Renovation-Wave-EU-Council-Conclusion-EN-Green-Paper-Stand-22_03_2021.pdf (09.12.2021).
- 33 Vgl. <https://www.cultureclimatemeeting.org/background/> (11.01.2022) sowie International Co-Sponsored Meeting on Culture, Heritage and Climate Change, Modellprojekt Deutschland. Bericht zum Expert:innen-Workshop am 9. Juli 2021, ICOMOS Deutschland 2021, <https://www.icomos.de/icomos/pdf/final-report-chcc-workshop-july-2021-ger.pdf> (14.02.2021). Für diesen Hinweis danke ich Andreas Putz.
- 34 Vgl. <https://www.cultureclimatemeeting.org/background/> (11.01.2022).